

1 DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2 3. Tagung des 2. Landesparteitages und Landesbasiskonferenz
3 27. November 2010, Van der Valk Linstow

4

5 **Beschluss**

6

7

8 **Interessen des Landes wahren, Atomdeal stoppen, kein de facto Endlager in Lubmin!**

9

10 Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat gemeinsam mit den vier großen Energiekonzernen vereinbart,
11 die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern.

12 Dabei hat sich an den Risiken der Atomenergie nichts geändert. Die Energieerzeugung durch
13 Kernspaltung ist und bleibt hochgefährlich, ist nicht beherrschbar und hat nach wie vor völlig
14 ungeklärte Langzeitprobleme bei der Endlagerung. Darüber hinaus verzögert die Laufzeitverlängerung
15 der Atomkraftwerke den unverzichtbaren schnellen Ausbau der Nutzung Erneuerbarer Energien.

16

17 Die Entscheidung über die Laufzeitverlängerung soll in einem undemokratischen Verfahren an den
18 Bundesländern vorbei besiegelt werden. Die SPD/CDU-Koalition hat sich gegen einen Antrag der
19 Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern gestellt und einen Beitritt des Landes zur
20 Klage anderer Bundesländer gegen dieses Verfahren abgelehnt.

21

22 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern fordert die SPD/CDU-Koalition auf, Landesinteressen nicht
23 dem Koalitionsfrieden zu opfern und der Klage anderer Bundesländer beizutreten. Sonst bleiben
24 kritische Stimmen aus SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern unglaubwürdig!

25

26 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern erneuert ihre Haltung, dass in Lubmin nur radioaktive Abfälle
27 aus den ehemaligen KKW in Lubmin und Rheinsberg zwischengelagert werden dürfen. Wir sprechen
28 uns gegen die Aufnahme anderer atomarer Abfälle und die Ausweitung der so genannten
29 „Pufferlagerung“ am Standort Lubmin aus! Ebenso wenig darf das Land Transitweg für
30 hochradioaktiven Müll nach Russland oder gar atomares Endlager für die Bundesrepublik Deutschland
31 werden.

32

33 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern fordert von der Landesregierung und den
34 Bundestagsabgeordneten des Landes, sich gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag dafür
35 einzusetzen, dass die Energiewerke Nord keine Anträge auf Erweiterung der Annahme radioaktiver
36 Abfälle aus anderen Bundesländern stellen. Die Atomgesetzgebung muss dahingehend verändert
37 werden, dass die Länderhoheit über die Lagerung und Konditionierung von radioaktiven Abfällen
38 gesichert wird.

39

40 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die phantasievollen und friedlichen Proteste
41 gegen die bevorstehenden Castor-Transporte. Die finanziellen Mittel, die für den Polizeischutz der
42 Transporte anfallen, dürfen nicht zu Lasten des Haushaltes Mecklenburg-Vorpommern gehen.
43 Der Bund und die Energiekonzerne sind mit ihrer verfehlten Energiepolitik Verursacher der Transporte
44 und müssen somit für die Finanzierung aufkommen.

45

46 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die Beschlüsse der Kommunalparlamente in der
47 Hansestadt Greifswald, in den Landkreisen OVP und Rügen gegen die Castor-Transporte. Wir nehmen
48 dabei auch die ablehnende Haltung von SPD und Grünen im Land zur Kenntnis. Wir erinnern aber
49 daran, dass auch der rot/grüne Atomkonsens Nonsens war. Er sicherte den Betrieb von Atommeilern
50 in Deutschland über weitere 20 Jahre und diente zuallererst den Profitinteressen der Atomindustrie.

51

52 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern fordert die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller
53 Atomanlagen sowie ein transparentes und gerichtlich nachprüfbares Erkundungsverfahren nach
54 geeigneten Endlagerstandorten. Wir fordern SPD und Grüne in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch
55 die CDU auf, sich diesen Forderungen unmissverständlich anzuschließen.